



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

271 (16.6.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-185851](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-185851)

# Mannheimer General-Anzeiger

Hauptverleger: Dr. Fritz Goldmann, Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldmann, für Feuilletons: Hans Böhm, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schöfberger, für Handel: Franz Krieger, für Anzeigen: Anton Gruber. Druck und Verlag: Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Ulrichstr. in Mannheim. Druck-Verlag: General-Anzeiger Mannheim. Postgesetz-Nr. 1700 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7945.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Lokal-Kolonialzeitung 60 Pf., Finanz-Anzeigen und Anzeigen von Verleihen-Geleihen 60 Pf., Anzeigen in Nr. 250. Anzeigenpreis: Samstagblatt vormitt. 6 Uhr, Abendblatt nachmittags 2 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Veranwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim mit Umgebungs monatlich RM. 2.50 mit Bringscheit, Postbezug: Viertelj. RM. 6.42 einj. 12.84, halbj. 19.26, einj. 38.52, einj. 77.04.

## Die Uebergabe der Antwort.

Telegramm unseres zur Friedenskonferenz nach Versailles entsandten Sonderberichterstatters.

Versailles, 16. Juni. (Priv.-Tel.)

Die Uebergabe der Note der Alliierten wird, wie der Delegation mitgeteilt wurde, nachmittags um 4 Uhr erfolgen. Mit irgendwelchen Zeremonien ist diese Uebergabe nicht verbunden. Am Vormittag versammelte sich der Ministerrat im Elysee. Clemenceau erklärte den Inhalt der Antwort an Deutschland den Ministern. Dann wird eine letzte Entscheidung des Vizes- oder Fünferrates stattfinden. Um 4 Uhr wird man nach der offiziellen Mitteilung das Dokument durch Herrn Dutasta übermitteln lassen.

Nur der erste Teil der Antwort wird im Druck übergeben werden. Der zweite Teil des durchgesehenen und veränderten Vertrages ist nicht im Druck fertig geworden. Graf Brockdorff-Ranzau wird also den Entwurf vom 7. Mai erhalten, in dem mit roter Tinte die Veränderungen eingetragen sind.

Selbst der „Temps“ ist über diese übers Knie gebrochene Antwort sprachlos. Die Mitglieder der deutschen Delegation sollen sich über das eine Exemplar heugen oder weitere kostbare 24 Stunden verlieren, um auf die ferneren Exemplare zu warten, die erst gedruckt werden? Bei einer Frist von 48 Stunden ist dieses beabsichtigte Verfahren würdig der unerbört leichtfertigen und übermütigen Art, mit der die Entente die ganzen Friedensbesprechungen durchgepeitscht hat. Da nach 48 Stunden schon die drei Tage der Kündigung des Waffenstillstandes zu laufen beginnen, wird man diese letzte Aktion, wenn man dem „Matin“ trauen darf, als diplomatische Erpressung bezeichnen müssen.

Rolf Brand.

□ Berlin, 16. Juni. (Von unserm Berliner Bureau.) Heute Nachmittag wird, wie wir erfahren, die Uebergabe der endgültigen Antwort der Entente in Versailles erfolgen. Das Dokument wird aus drei Teilen bestehen:

1. in einer Note Clemenceaus, die die vollkommene Uebereinstimmung der Entente betont und eine Frist zur Annahme oder Ablehnung des Friedensinstrumentes festsetzt. Diese Note wird in scharfem und sehr präzisem Ton gehalten sein.
2. der bereits erwähnten Denkschrift in einem Umfang von etwa 50 Seiten, die die Stellungnahme der Entente zu den deutschen Gegenvorschlägen darlegt.
3. wird ein vollkommener neuer Text des Gesamtvertrages mit den inzwischen erfolgten Änderungen überreicht werden, der als der endgültige Vertrag anzusehen ist.

Nach der Ueberreichung der Antwort wird, wie wir hören, Graf Ranzau sofort nach Weimar fahren, auf der Reise erfolgt die Ueberreichung des französisch-englischen Textes. Während die Hauptdelegation nach Weimar fahren, begibt sich das Gros der Friedensdelegation nach Berlin. Nur einige Pressevertreter bleiben in Versailles, unter ihnen der Vertreter des V.D.V., der sofort einen Anzug in das Innere telegaphieren wird. Der neue Vertragstext wird also gleichzeitig in Weimar und Berlin bekanntgegeben.

Paris, 16. Juni. (W.V.) Havas. Diplom. Situationsbericht. Das Redaktionskomitee arbeitete den ganzen Sonntag an der Korrektur des Probebogens der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge. Dutasta gab Graf Brockdorff auf ein Schreiben offiziell bekannt, daß die Antwort der Alliierten am Montag übergeben wird. Die Stunde der Uebergabe wird später bekannt gegeben. Da der Druck noch nicht beendet ist, kann es möglich sein, daß Dutasta dem Grafen Brockdorff nur die ersten Bedingungen übergeben wird. Auf jeden Fall findet der Akt der Uebergabe am Montag und zwar zwischen Mittag und abends 6 Uhr statt. Am Montag wird Clemenceau dem Ministerrat die hauptsächlichsten Bedingungen des Dokumentes zur Kenntnis bringen. Die Begleitnote zur Antwort wird Dienstag morgen veröffentlicht werden.

Die Abfahrt des Grafen v. Brockdorff-Ranzau nach Weimar. Versailles, 16. Juni.

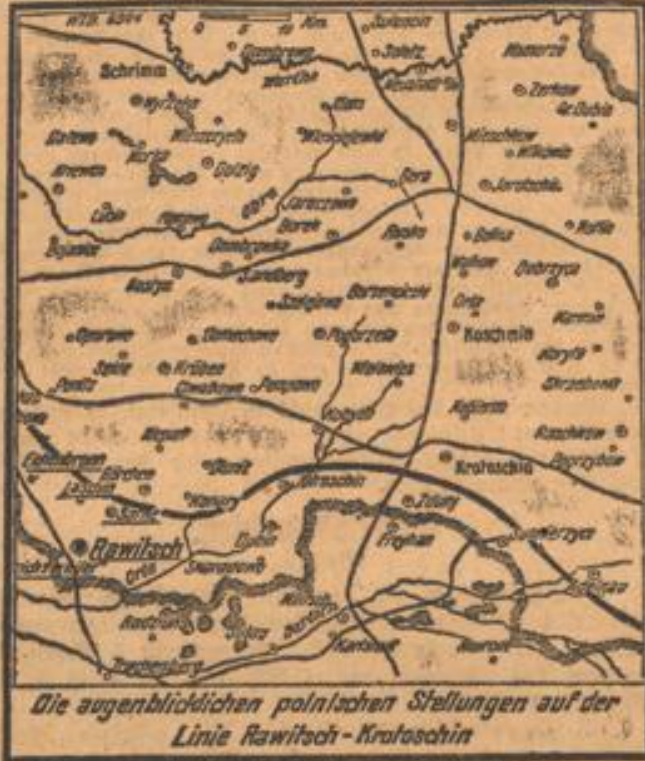
Die Vorbereitungen zur Abfahrt des Sonderzuges für heute Abend sind getroffen. Etwa 40 Mitglieder der Delegation unter Führung Brockdorff-Ranzau werden Versailles verlassen und am Mittwoch früh in Weimar eintreffen. Es werden voraussichtlich abfahren Reichsjustizminister Landsberg, Reichsjustizminister Gieseler, Präsident Leinert, Prof. Schäding, Dr. Melchior, Ministerialdirektor Simons. Von den Sachverständigen u. a. Generaldirektor Heinicke, Prof. Jaffé, Herr Warburg, Major von Böttiger.

Der Zug wird mit Voreinrichtung versehen, sodas auch in der Nacht während der Fahrt an der Ueberzeugung gearbeitet werden kann.

## Die polnische Gefahr.

Er wird immer wahrscheinlicher, daß die Polen versuchen werden, sich Oberschlesiens noch vor der Friedensentscheidung zu bemächtigen. Sie scheinen entschlossen zu sein, zu diesem Zweck erhebliche Teile der hallerschen Armee einzusetzen. Daß die Entente ihre Kreise stören wird, brauchen sie nicht zu befürchten. Alles was in Paris zur Zügelung polnischer An-

griffslust geredet und geschrieben worden ist, war im Grunde nur blinder Alarm. Die Entente läßt ihre Hilfsvölker ruhig gewähren, wenn sie daran gehen, diejenigen schon jetzt zu vergewaltigen, die ihnen als Opfer ausgeliefert werden sollen. Nur, wenn es dabei den Hilfsvölkern sehr eicht geht, wie zurzeit den edlen Tschechen in Ungarn, nur dann rafft sich Herr Clemenceau zu einem ernst gemeinten Protest auf, um die Waffenruhe wieder herzustellen. Wir werden also, wenn die Polen wirklich die Waffen einsehen sollten, um Oberschlesien vielleicht auch Westpreußen an sich zu reißen, auf Selbsthilfe angewiesen sein. Leider haben wir uns selbst die Verteidigung außerordentlich erschwert. Seit Wochen befördern wir die hallerschen Truppen von französischem Boden durch unser Land nach dem Osten. Wir waren der Meinung, viel



Die augenblicklichen polnischen Stellungen auf der Linie Rawitsch-Krataschin

erreicht zu haben, als der Transport nicht über Danzig erzwungen wurde, und Herr Erzberger hat sich, wie immer bei solchen Gelegenheiten, viel auf seinen diplomatischen Erfolg zu gut getan. Schließlich aber haben wir die hallerschen Truppen doch nur nach Polen befördert, um ihnen im Osten als unseren Feinden wieder zu begegnen. Mit anderen Worten: wir haben, auch wenn uns der Weg über Danzig erspart blieb, dem Feinde die Waffen, die er gegen uns anwenden will, selbst in die Hand gegeben.

Herr Erzberger hat gegen diese drohende und wie es scheint ziemlich nahe gerückte Gefahr eine geharnischte Protestnote an die Entente gerichtet. Durch viel Uebung hat er darin bereits eine gewisse Meisterschaft erlangt. Leider ist ihm aber bis jetzt der wirkliche Erfolg verlaget geblieben.



Die augenblicklichen polnischen Stellungen auf der Linie Lissa-Kopnitz

So geharnischt auch die Proteste sind, sie verklingen stets wirkungslos im Winde. Diesmal hätte Herr Erzberger Gelegenheit gehabt, nicht nur einen Papierprotest von sich zu geben, sondern wirklich einmal zuzufassen. Er hätte der Entente mitteilen können, daß die Regierung angesichts der unlegbaren polnischen Absichten, den Transport der hallerschen Truppenreste sofort einstellen werde. Aber dazu schwingt sich Herr Erzberger nicht auf. Er kündigt bloß an, daß die Regierung sich zur Einstellung der Transporte gezwungen sehen würde, wenn nicht eine unverzügliche Klärung und Abstellung eintreten sollte. Daraus wird Herr Erzberger lange warten können, und inzwischen werden die letzten hallerschen Truppen im Osten angelangt sein. Wir können dann dieses Protestblatt zu den übrigen legen. Es war zwar kollegial gedacht, aber doch nicht sehr überzeugend, daß der Reichsminister Dr. David auf dem Parteitag in Weimar Herrn Erzberger gegen Angriffe verteidigte und von ihm rühmte, daß er mit taktischem Geschick die ungeheuer schweren Waffenstillstandsbedingungen geführt habe. Von diesem Geschick hat außer Dr. David wohl niemand etwas gemerkt. Wie könnte sonst ein Berliner Blatt ein „Kinderbildnis des ewigalchenden Erzbergers“ veröffentlichen und dazu bemerken: „Er war von je ein Schuster, aber das Bech haben wir.“

## Admiral Koltshat.

In letzter Zeit ist der Name des Admirals Koltshat, der Oberbefehlshaber der antibolschewistischen Heere in Sibirien und an der Ostgrenze Rußlands viel genannt worden. Einige Angaben über seine Persönlichkeit dürften interessieren. Sie beruhen auf Mitteilungen des Kapitäns Bock, der jetzt dem Heere des Fürsten Liman an der antibolschewistischen Rigafront (zwischen Pskow und Riga) angehört:

Admiral Koltshat ist jetzt ein Mann von 45 Jahren. Sein Vater war Marineoffizier, und Koltshat wählte in ganz jungem Alter dieselbe Laufbahn. Er erhielt die Feuertaufe in Port Arthur während des russisch-japanischen Krieges und zeigte solche Tüchtigkeit und kühnbürtige Entschlossenheit, daß ihm ein goldener Ehrendegen verliehen wurde. Nach dem Kriege ging er energisch an die Reorganisation der russischen Marine. Er rief den neuen russischen Admiralstab ins Leben und war die Seele der ganzen Marinereform. In der Duma war eigentlich die Stimmung dafür, die Marine zu vernachlässigen, dagegen das Hauptgewicht auf die Entwicklung des Heeres zu legen. Aber Koltshat kämpfte als Vertreter des Admiralstabes in der Duma wie ein Löwe für seine Flotte, und da er, dank seiner persönlichen Eigenschaften, Freunde in allen Parteien erworben hatte, waren seine Anstrengungen nicht umsonst. Auch dank Koltshats Energie wurde die Polarexpedition 1908 bis 1910, welche die verschwundene Expedition unter der Führung des Baron Toll auffuchen sollte, ausgerüstet und von ihm selbst geleitet.

Bei Beginn des Krieges war Koltshat Flaggenkapitän beim Chef der Ostseeflotte, Admiral Essen, der im ersten Kriegsjahre starb. Koltshat leitete hier persönlich die Auslegung der Minen an der deutschen Küste und wurde 1915 zum Chef der in der Riga-Bucht stationierten Flottenabteilung ernannt, welche in hohem Maße dazu beitrug, die Mäure der Deutschen zu durchkreuzen. Bei dieser Gelegenheit erhielt er den höchsten russischen Kriegesorden, das St. Georg-Kreuz. Im Spätjahre 1916 wurde er Chef der Schwarzen Meer-Flotte und legte die Minensperre vor dem Bosporus an, infolge deren die deutschen Kreuzer „Goeben“ und „Breslau“ nicht mehr auslaufen konnten.

Dann kam die Revolution. Koltshat gab sofort aus eigenem Antrieb den Matrosen Bericht über die Entwicklung der Dinge und mußte sich mit ihnen so zu verständigen, daß noch 4 Monate hindurch vollkommene Ordnung in der Schwarzen Meer-Flotte herrschte, während in der Ostseeflotte schon Anarchie Platz gegriffen hatte. Da befohl Kerenski — gegen den Rat Koltshats —, daß Abgeordnete der Ostseeflotte Erlaubnis haben sollten, sich direkt mit den Matrosen am Schwarzen Meer in Verbindung zu setzen. Hierbei erregte sich ein Fall, der Koltshats Mut und seine Volkstümlichkeit unter der Mannschaft bewies. Man verlangte ihm seinen Ehrendegen ab, aber Koltshat weigerte sich, ihn auszuliefern, und warf ihn ins Meer. Am nächsten Tage brachten die Matrosen ihm denselben zurück; sie hatten ihn durch einen Taucher wieder herausgeholt lassen.

Als Koltshat eingesehen hatte, daß unter der Leitung des Bhraschenden Kerenski eine ganz unmögliche Lage geschaffen worden war, nahm er seinen Abschied und reiste nach Amerika, wo er bis zum Frühjahr 1918 blieb. Er war jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß geordnete Zustände in Rußland nur wieder durch ein Eingreifen mit den eigenen Kräften des Landes von den Grenzgebieten aus, und namentlich von Sibirien her, geschaffen werden konnten. In Gemeinschaft mit dem General Horwat in Chardin hat er dann dank seiner Energie, seinem Mut und seinem merkwürdigen Einfluß auf die Massen, seine unbeschreibbar gewaltigen Fortschritte erreicht.

Es ist reiner Unsinn, Koltshat reaktionär zu nennen. Er genießt einfach unbedingtes Vertrauen bei sämtlichen russischen Parteien mit Ausnahme der extremen Sozialdemokraten. Er hat längst eingesehen, daß die Zeit des alten Regiments und der früheren Zustände unwiderruflich für Rußland vorbei ist, aber er will auch, daß die Russen eine Lehre aus dem entsetzlichen Erlebnissen unter der Diktatur des Proletariats ziehen sollen. Sein einziger Gedanke ist, Rußland zu retten, er ist glühender Patriot und ein ehrlicher Mann. Sein Streben geht dahin, für Rußland die Einberufung einer Nationalversammlung vorzubereiten. Sobald Koltshat Nischni-Rowgorod erreicht, wird der endgültige Umsturz in Rußland erfolgen. Schon jetzt schwindet die Rote Armee dahin, sowohl an der Rigaer als auch an allen anderen Fronten. Die mobilisierten Bauern sind im Herzen keine Bolschewiki, und die meisten der Offiziere wurden nur gezwungen, sich ihnen anzuschließen. Sobald es den Soldaten in der roten Heere klar wird, daß sie nicht erschossen werden, wenn sie zu den „Weißen“ kommen, und daß sie bei ihnen auch ebenso viel zu essen bekommen, werden sie in großen Scharen überlaufen und dann wird es mit Rußland rasch vorwärts gehen.

Admiral Koltshats Name wurde zuletzt genannt im Zusammenhang mit dem Aufstehen Japans in Versailles. Japan sollte gedroht haben, es werde Rußland und Deutschland ein Bündnis anbieten, wenn die Entente Koltshat nicht anerkenne. Daraufhin erfolgte die Anerkennung des russischen Admirals. Dieser soll Japan gegenüber bestimmte Verpflichtungen in Sibirien und der Mandschurei eingegangen sein. Wir wissen etwas weiteres über diese höchst interessante Seite der Weltkriege nichts, dürfen sie aber nicht aus den Augen verlieren, wenn es auch im Augenblick von dem Eingreifen Japans in Versailles wieder still geworden ist.

Nach einer Baseler Meldung vom 14. Juni stellen die Pariser Ausgaben amerikanischer Blätter die auf Japans Drängen erfolgte Umbildung des Rates der Vier zu einem Fünferat als eine Gegenaktion der angelsächsischen Delegation gegen den Pressefeldzug und den Veto-Einspruch Clemenceaus dar. Das ganze japanische diplomatische Gewebe ist nicht recht durchsichtig. Als sichere Tatsache scheint für den Augenblick nur die Anerkennung Koltshats festzustehen, die Japan als einen Erfolg bucht.





# Zum Streik der Angestellten der Firma Benz & Cie.

Die Angestellten der Firma Benz & Cie. sind in Streik getreten.

Sie werben mit Flugblättern und auffallenden Anschlägen um die Sympathie der Bevölkerung und greifen dabei die industriellen Arbeitgeber-Verbände und einen Vorstehenden derselben, sowie einen Syndikus persönlich an.

Wir müssen es ablehnen, den Angestellten auf das persönliche Gebiet zu folgen, glauben vielmehr aber der Allgemeinheit zu dienen, indem wir nachstehend rein sachlich den Verlauf der ganzen Angelegenheit wiedergeben, namentlich, weil die öffentliche Meinung leicht geneigt ist, ihre Sympathien den wirtschaftlich Schwächeren zuzuwenden.

Es ist daher streng objektiv die Frage zu prüfen, ob ein Grund zu dem Streik vorliegt oder nicht.

Besteht ein zwingender Grund, so ist dieser Streik, welcher das große Werk mit fast 6000 Arbeitern zum Stilliegen bringt, und — (wie die Angestellten selbst in ihrem Flugblatt betonen) — sich zu einem Generalstreik ausdehnen könnte, ein gefährliches Spiel mit der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, woran die Bevölkerung unter allen Umständen lebhaft interessiert ist.

Ist also dieser zwingende Grund nicht vorhanden, dann wird kein vernunftbegabter Mensch das Vorgehen der Benz'schen Angestellten begreifen und kein Recht denkender es billigen.

Die Angestelltenchaft ist in Berufsverbänden zusammengeschlossen, denen auf gleichem Rechtsboden begründet, mit derselben Berechtigung die Arbeitgeberverbände gegenüberstehen. Die beiderseitigen Organisationen sind die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, stehen miteinander in einer geschlich anerkannten und gewollten Arbeitsgemeinschaft und haben nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 die Tarifverträge zur Regelung der Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.

Das geschah bisher in vielen großen Industrie- und Handelsplätzen und geschieht in diesen Tagen an anderen.

Auch in Mannheim wurde ein solcher „Tarifvertrag“ abgeschlossen und zwar aus folgender Veranlassung:

Die „Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände Mannheim“ schrieb am 1. April an die

## Handelskammer Mannheim:

„Wir richten mit heutigem an Sie das Ersuchen, die maßgebenden Arbeitgeber und Arbeitgeber-Vereinigungen, die als zuständig im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu gelten haben, aufzufordern, in Gemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden, Richtgehälter für Mannheim aufzustellen, die solange Gültigkeit haben sollen, bis für die einzelnen Branchen besondere Tarifverträge aufgestellt sind.“

Die Handelskammer teilte der „Zentralstelle“ mit, daß die gewünschten Verhandlungen mit dem „Kartell Mannheimer Arbeitgeberverbände“ zu führen sein dürften, das „Kartell“ bestätigte die Mitteilung der Handelskammer und erklärte sich zu sofortigen Verhandlungen bereit.

Die Verhandlungen zwischen dem „Kartell Mannheimer Arbeitgeberverbände“ und der „Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände Mannheims“ haben am 16. und 28. April, sowie 1., 6. und 27. Mai 1919 stattgefunden und ihr Ergebnis war das am 5. Juni verbindlich unterzeichnete Mantelabkommen.

Durch das „Mantelabkommen“ wurden diejenigen Bedingungen, welche für alle Geschäftszweige (Branchen) gleichmäßig geregelt werden konnten, vereinbart und es brachte den Angestellten

- eine neue Regelung der Arbeitszeit,
- die Festsetzung eines einheitlichen Erholungsurlaubes,
- eine Steigerung des Einkommens
- und eine Reihe sonstiger Vorteile.

In dem „Mantelabkommen“ wurde außerdem festgelegt:

„daß für die einzelnen Geschäftszweige (Branchen) besondere Tarifverträge abgeschlossen und dabei Mindestgehälter vereinbart werden können.“

Das entspricht ebenfalls der Absicht der Angestelltenverbände wie nachfolgender Schriftwechsel beweist:

Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände, Mannheim an Verband der Metallindustriellen  
Schreiben vom 1. April 1919:

„Nachdem allorts Gehaltsverhandlungen geführt werden und insbesondere in der Mannheimer Großindustrie von Tag zu Tag neue Verhandlungen in den einzelnen Werken stattfinden, liegt es unseres Erachtens sehr nahe, diese Verhandlungen durch den Abschluß von Tarifverträgen zu vereinheitlichen.“

Wir fragen daher mit heutigem bei Ihnen an, ob Sie entgegen Ihrer früher vertretenen Haltung sich heute zu Verhandlungen bereitfinden würden.“

Mannheim, den 16. Juni 1919.

**Kartell der Mannheimer Arbeitgeber-Verbände.**

Verband der Metallindustriellen an Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände, Mannheim

Antwort und Schreiben vom 9. April 1919.

„Wir bestätigen den Empfang Ihres gest. Schreibens vom 1. ds. Mts. und teilen Ihnen höflich mit, daß wir bereit sind, mit Ihnen in Verhandlungen über Einkommensfragen der Angestellten einzutreten.“

Wir möchten jedoch diese Verhandlungen solange zurückstellen, bis die bei der Handelskammer von Ihnen angeregte Aussprache der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter über die Aufstellung von Richtgehältern stattgefunden hat.“

Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände, Mannheim an Verband der Metallindustriellen

2. Schreiben vom 11. April 1919.

„Wir bestätigen den Empfang Ihres Geehrten vom 9. ds. Mts. und lassen uns Ihre Mitteilungen bestens dienen.“

Es wird uns von verschiedenen Seiten berichtet, daß auf Ihre Veranlassung hin und unter Hinweis auf die von uns angestrebten Tarifverhandlungen, einzelnen Firmen die Gehaltsverhandlungen mit ihren Angestelltenausschüssen ablehnen. Wir bitten Sie höflich, die von den Angestelltenausschüssen bereits eingeleiteten Verhandlungen nicht aufzuhalten, bevor nicht über die Tarifverhandlungen wenigstens ein annähernd festliegender Zeitpunkt vorliegt. Es wird nur dadurch unnötige Erregung und weitere Verbitterung in die Reihen der Angestellten gebracht.“

Verband der Metallindustriellen an Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände

Schreiben vom 12. April 1919:

„In Erledigung Ihres gest. Schreibens vom 11. ds. Mts. gestatten wir uns, höflichst darauf hinzuweisen, daß wir durchaus unseren Mitgliedsfirmen in gewissen Grenzen die Verhandlungen mit Ihren Angestelltenausschüssen über Einkommensfragen freistellen.“

Allerdings halten wir es für dringend wünschenswert, aus diesen Verhandlungen volle Forderungen grundsätzlicher Natur (Mindestgehälter, Urlaub etc.) auszusprechen, da diese unbedingt einer Kollektivregelung vorbehalten werden müssen.“

Nachdem in kommender Woche die von Ihnen angeregten Verhandlungen mit dem Kartell der Mannheimer Arbeitgeberverbände stattgefunden haben, bezw. zum Abschluß gekommen sind, haben wir die Absicht, die Beratungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Metallindustrie in Angriff zu nehmen und sie bis Mitte nächsten Monats durchzuführen.“

Der Verband der Metallindustriellen hat sich also schon am 9. April und zum zweiten Male am 12. April bereit erklärt einen „Branchentarif“ abzuschließen.“

Das war der Benz'schen Angestelltenchaft bekannt und es wurde überdies durch den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nochmals auf diesen Weg verwiesen. Die Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände Mannheims würde zweifellos die Forderung der Benz'schen Angestellten zum Anlaß der ihr vom Verband der Metallindustriellen in Aussicht gestellten Verhandlungen über den Branchentarif gemacht haben, wenn der Angestelltenausschuß der Firma Benz & Cie. dies gewünscht hätte. Erst dann, wenn diese Verhandlungen gescheitert wären, hätte die gesamte Angestelltenchaft der Metallindustrie einen Grund gehabt unzufrieden zu sein, und ihre Organisationen zu drängen, weitere Schritte zu unternehmen.

Die Angestellten der Firma Benz greifen den Organisationen, also ihren geschlich anerkannten berufständigen Vertretungen, vor.

Sind sie dazu berufen und mit welchem Rechte?

Ist es nicht Sache der Angestelltenverbände, denen auch die Benz'schen Angestellten angehören, die hier in Rede stehende grundsätzliche Forderung für die gesamte Angestelltenchaft zu verfechten?

Die Zentralstelle der vereinigten Angestelltenverbände wird am Montag, den 16. Juni in Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen über den „Branchentarif“ eintreten.

Wir behaupten und haben durch vorstehend abgedruckten Schriftwechsel bewiesen, daß diese Verhandlungen schon längst hätten stattfinden können und längst zum Abschluß gekommen wären. Die Schuld an der Verzögerung liegt nicht bei uns.

Die gestellte Frage, ob eine Ursache dazu vorliegt, daß die Angestellten der Firma Benz & Cie. in den Streik getreten sind, muß daher dahin beantwortet werden, daß ein Grund zum Streik nicht vorliegt, ehe nicht die erwähnten Verhandlungen stattgefunden haben.

Der Streik ist die ultima ratio des Arbeitnehmers im Kampfe um seine Arbeitsbedingungen, er ist die schärfste Waffe die er hat, und ehe sie zur Anwendung kommt, müssen alle anderen Mittel erschöpft sein.

Wir haben oben bewiesen, daß dies nicht der Fall ist und überlassen nunmehr mit Ruhe die Beantwortung der Frage, ob der Angestelltenstreik bei der Firma Benz berechtigt ist oder nicht, dem vorurteilslosen Leser.

**Verband der Metall-Industriellen**  
Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke.